

Des Wahlvolks großer Auftritt. Wahlritual und demokratische Kultur in Italien und Westdeutsch- land nach 1945¹

Claudia Christiane Gatzka

RESÜMEE¹

After fascism, Italians and Germans proved themselves enthusiastic voters in the newly established democratic setting. The article investigates the local practices regarding the ballot by focusing on the performative character of voting which reveals notions of the state, the local and the individual, of political parties and political conflict: notions that shaped the specific democratic cultures in Italy and Germany. Reading the voting practices through the lens of these issues, it is argued that the importance of polling in the two post-fascist societies derived from different social and political meanings inherent to the act of the vote. Nevertheless, in both countries these meanings helped to establish a democratic tradition that promoted voting attendance as a sign of belonging to the local community of 'good democrats'.

Nach 1945 kehrte mit dem Pluralismus auch der politische Konflikt in die Gesellschaften Italiens und Westdeutschlands zurück. Im Gegensatz zu den Wahlen des Faschismus und Nationalsozialismus war der Gang ins Wahllokal nun wieder von der Kakophonie politischer Stimmen umweht, aus denen die Bürger die Partei ihres Vertrauens auszuwählen hatten. Der Wahltag fungierte dabei als Endpunkt des Wahlkampfes, und wie zu keiner anderen Gelegenheit lenkte er den Blick auf die Bürger als Akteure der Demokratie. Italiener und Deutsche genossen diese Rolle, denkt man an die hohe Wahlbeteiligung, durch die sich die beiden postfaschistischen Demokratien im internationalen Vergleich auszeichneten. Der folgende Beitrag begreift den Wahltag als heuristische Sonde für demokratische Kultur und fragt in vergleichender Perspektive, welche Bedeutungen sich

1 Mein Dank gilt der Fritz Thyssen Stiftung für die großzügige Förderung des an der Humboldt-Universität angesiedelten Forschungsprojekts »Wahlkampf als demokratische Alltagskultur – Studien zur politischen Kommunikation im 20. Jahrhundert«, in dessen Rahmen dieser Beitrag entstanden ist.

mit dem Gang zur Wahlurne verbunden und welche Vorstellungen von Demokratie darin aufgehoben waren. Er will zeigen, dass der Wahltag als ‚großer Auftritt‘ der Bürger auf der Bühne der Parteiendemokratie in beiden Ländern eine hohe Relevanz für die demokratische Kultur und für das Erlernen von Demokratie besaß. Dazu setzt er an bei dem Anwesenheitscharakter des Wählens, der den Wahltag auch in der Mediengesellschaft nach 1945 zu einem *lokalen* öffentlichen Ereignis machte und die Bürger performativ einbezog. Der Blick auf Handlungsformen und Sprechweisen am und um den Wahltag soll den gängigen Schemata sozialwissenschaftlicher Erforschung von ‚Wahlverhalten‘ nach 1945 eine historische Analyse von Wahlpraktiken und -bedeutungen entgegenstellen.²

Methodische Überlegungen zur Bedeutung des Wählens in der Demokratie

Das Wählen gilt in der politischen Soziologie als eine vergleichsweise passive Form der Mitsprache. Doch ebenso unstrittig dürfte sein, dass es keine andere Partizipationsform gibt, die die große Masse der Bürger zum selben Zeitpunkt erfasst und die aufgrund ihres Status als konventionellstes und vornehmstes Partizipationsrecht der Bürger auch normativen Zuschreibungen unterliegt. Diese Ambivalenz des Wählens in der Demokratie hat die vergleichende Politikwissenschaft in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts stark beschäftigt. Niedrige Wahlbeteiligung gilt normativ argumentierenden Politikwissenschaftlern als Krisensymptom demokratischer Systeme.³ In der vergleichenden Systemforschung wird Wahlabstinz hingegen nicht zwingend als ein Indikator für fehlende Systemakzeptanz oder schwache demokratische Überzeugung angesehen, denn zwei der stabilsten und ältesten Demokratien, die USA und die Schweiz, zeichnen sich gerade durch die niedrigsten Wahlbeteiligungsquoten aus. Wahlenthaltung gilt der vergleichenden politischen Soziologie daher als eine Art Normalerscheinung stabiler Demokratien, die auch als Zeichen von prinzipieller Zufriedenheit und sich einebnender sozialer Konflikte gelesen werden kann.⁴ Trotzdem scheint das Unbehagen angesichts kontinuierlich sinkender Wahlbeteiligungsquoten zuzunehmen, blickt man auf die Fülle einschlägiger Literatur.⁵

2 Vgl. dazu problematisierend: R. Graf/K. C. Priemel, Zeitgeschichte in der Welt der Sozialwissenschaften. Legitimität und Originalität einer Disziplin, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 59 (2011), S. 479–508.

3 Vgl. U. Feist, Niedrige Wahlbeteiligung – Normalisierung oder Krisensymptom der Demokratie in Deutschland?, in: K. Starzacher u.a. (Hg.), Protestwähler und Wahlverweigerer. Krise der Demokratie? Köln 1992, S. 40–57; T. Patterson, *The Vanishing Voter. Public Involvement in an Age of Uncertainty*, New York 2002.

4 Vgl. etwa S. M. Lipset, *Political Man. The Social Bases of Politics*, Garden City 1960; D. Roth, Sinkende Wahlbeteiligung – eher Normalisierung als Krisensymptom, in: Starzacher u.a., *Protestwähler* (Anm. 3), S. 58–68.

5 Seit den 1990er Jahren sucht die politikwissenschaftlicher Literatur verstärkt, die Wahlenthaltung zu erklären oder zu eruieren, wie sich höhere Wahlbeteiligungsquoten erzielen lassen. Vgl. u.a. K. Armington, Gründe und Folgen geringer Wahlbeteiligung, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 46 (1994), S. 43–64; V. Cuturi u.a., *Lelettore instabile: voto/non voto*, Mailand 2000; M. N. Franklin, *Voter Turnout and the Dynamics of Electoral Competition in Established Democracies since 1945*, Cambridge 2004; D. P. Green/A. S. Gerber, *Get out the Vote. How to Increase Voter Turnout*, 2. erw. Aufl. Washington D.C. 2008; R. Jackman/R. A. Miller, *Voter Turnout in the Industrial Democracies During the 1980s*, in: *Comparative Political Studies*, 27 (1995), S. 147–166.

Das Problem dieser Art von Systemvergleich ist, dass er universelle Gesetzmäßigkeiten der Demokratie zu formulieren sucht, indem er vorab festgelegte Faktoren ‚testet‘. Zur Erklärung von Wahlbeteiligung werden Einflüsse institutioneller, sozioökonomischer oder kultureller Art benannt, etwa Wahlsystem, Wahlkreisgröße, Häufigkeit der Wahlen, Parteiensystem, sowie Alter, Generation, Geschlecht, Bildungsgrad, Einkommen, Religiosität, Parteipräferenz oder Werthaltungen der Wähler. Unter historischen Faktoren versteht die Wahlforschung im Grunde nur das Alter einer Republik. Sein Einfluss wird gering veranschlagt, weil auch Demokratien gleichen Alters oder mit ähnlicher Vergangenheit unterschiedliche Wahlbeteiligungsquoten aufweisen.⁶

Auch wenn einzelne Faktoren offenbar in vielen Demokratien einen ähnlichen Einfluss auf die Wahlbeteiligung haben, hat die Politikwissenschaft bis heute keine Erklärung dafür gefunden, warum in den USA oder in der Schweiz nun weniger Bürger wählen gehen als in Schweden oder der Bundesrepublik.

Vielleicht liegt es daran, dass die Gründe nicht quantitativ messbar sind, sondern in den Eigenlogiken von Demokratien verborgen liegen. Nationale Traditionen und spezifische kulturelle Kontexte können bei aller Ähnlichkeit formaler demokratischer Verfahren doch unterschiedliche Spielarten von Demokratie und demokratischer Kultur hervorbringen.⁷ Eine solche Perspektive legt nahe, dass Wahlen in verschiedenen Republiken auch unterschiedliche Bedeutungen haben. Schon in den Beobachtungsweisen von Demokratie, seien sie wissenschaftlicher oder alltäglicher Art, zeigt sich die Ausprägung solcher Unterschiede in der politischen Kultur. So ist es beispielsweise nicht verwunderlich, dass die Aussagekraft der Wahlbeteiligung – und damit auch die Bedeutung von Wahlen für die demokratische Kultur – nach 1945 gerade von amerikanischen Sozialwissenschaftlern in Frage gestellt wurden, die die traditionell niedrige Wahlbeteiligung in den USA in ihre politische Soziologie einbauen mussten. Seymour Lipset ging hier in *Political Man* voran, kurz darauf haben Gabriel Almond und Sidney Verba in *The Civic Culture* die Wahlbeteiligung zugunsten ‚echter‘ demokratischer Werte und Überzeugungen, wie sie den USA und Großbritannien attestiert wurden, marginalisiert. Italien und die Bundesrepublik dienten ihnen als Paradebeispiele für die These, dass eine hohe Wahlbeteiligung nicht über eine nach diesen Maßstäben ‚unterentwickelte‘ politische Kultur hinwegtäuschen dürfe.⁸

Es ist wohl auch kein Zufall, dass mit Anthony Downs ebenfalls ein Amerikaner schon 1957 fragte, warum Bürger in Demokratien überhaupt wählen gehen. Für die von ihm begründete Rational-Choice-Theorie ist das Wählen ein Paradox, weil die Kosten des Urnengangs den individuellen Nutzen des Bürgers mit seiner einzelnen Stimme eigentlich immer übersteigen. Um die Theorie zu retten, hat Downs angesichts der aus dieser Perspektive nun wieder beachtlichen Wahlbeteiligungsquoten in den westlichen Demo-

6 Vgl. P. Norris, *Electoral Engineering. Voting Rules and Political Behavior*, Cambridge u.a. 2004, S. 151–177.

7 Vgl. J. La Palombara, *Die Italiener oder Demokratie als Lebenskunst*, Wien/Darmstadt 1988.

8 Vgl. Lipset, *Political Man* (Anm. 4); G. A. Almond/S. Verba, *The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations*, Princeton 1963.

krationen gemutmaßt, dass das Wählen gehen insofern im Interesse des Bürgers liege, als er damit an der Stabilität der Demokratie mitwirke – und weil er das wisse, gehe er zur Wahl.⁹ Anhänger des Rational-Choice-Ansatzes haben Downs in diesem Punkt ein Abdriften ins Irrationale, in eine Art staatsbürgerlichen Pflichtgefühls, vorgeworfen und gefragt, wieso der Bürger die Rettung der Demokratie nicht seinen Nachbarn überlasse und wieso er dieses Pflichtgefühl nur bei nationalen, nicht aber bei kommunalen Wahlen oder anderen Partizipationsformen verspüre.¹⁰

Aus historischer Sicht könnte man antworten, dass in einigen Demokratien die *nationalen* Wahlen eben durchaus als ein staatstragendes oder als ein individuell ganz bedeutungsvolles Ereignis gelten können, an dem es teilzuhaben gilt wie an einem Nationalfeiertag, einem Staatsbegräbnis oder dem Samstagslotto. Die alte Bundesrepublik und die Erste Republik Italiens waren solche Demokratien, und obwohl sie beide jung waren und ähnlich hohe Wahlbeteiligungsquoten aufwiesen, schrieben Deutsche und Italiener den Wahlen sehr unterschiedliche Bedeutungen zu. Diesen Bedeutungen näherzukommen, heißt, sich die regelmäßig wiederholten, aber auch für Wandlungen offenen Abläufe des Wahltags und seine zeitgenössischen Deutungen anzusehen – und damit das Wählen in seiner Ritualität zu fassen, wie es sich in der vergleichenden Erforschung vormoderner Gesellschaften bereits bewährt hat. Auch moderne Wahlen sind neuerdings als Rituale gefasst worden, jedoch noch nicht in vergleichender Perspektive.¹¹

Als Ralf Dahrendorf 1965 in *Gesellschaft und Demokratie in Deutschland* die Deutschen als ‚unpolitische Menschen‘ beschrieb, galt ihm die hohe Wahlbeteiligung in der Bundesrepublik als Paradebeispiel für ihr „ritualistisches“ Verhältnis zur Demokratie. Unter diesem Ritualismus verstand er die rein äußerliche Befolgung staatsbürgerlicher Pflichten, die nichts mit der Verinnerlichung demokratischer Institutionen, Verfahren und Werte zu tun habe.¹² Für Dahrendorf war Ritualismus ein stumpfer Automatismus menschlichen Verhaltens. Aus der Ethnologie und Anthropologie wissen wir inzwischen, dass Rituale alles andere als bloße Vorführungen sind, deren Inhalt den Teilnehmern äußerlich bliebe.¹³ Vielmehr bündelt sich in Ritualen eine Vielzahl kultureller Bedeutungszusammenhänge, welche die soziale Differenz der Teilnehmer zulässt, sie im formalisierten Ablauf des Rituals aber zugleich in einer Gemeinschaft zusammenschließt.

9 Vgl. A. Downs, *An Economic Theory of Democracy*, New York 1957.

10 Vgl. W. Riker/P. Ordeshook, *A Theory of the Calculus of Voting*, in: *American Political Science Review*, 62 (1968), S. 25–42. Einen Überblick zu dieser Diskussion bieten D. P. Green/I. Shapiro, *Rational Choice. Eine Kritik am Beispiel von Anwendungen in der Politischen Wissenschaft*, München 1999, S. 62–90.

11 Vgl. zur Vormoderne D. W. Poock: *Rituale der Ratswahl. Zeichen und Zeremoniell der Ratssetzung in Europa (12.–18. Jahrhundert)*, Köln/Weimar/Wien 2003; R. Schlögl (Hg.), *Urban Elections and Decision-Making in Early Modern Europe, 1500–1800*, Newcastle upon Tyne 2009. Zu modernen Wahlen vgl. A. Biefang, *Die Reichstagswahlen als demokratisches Zeremoniell*, in: ders. u.a. (Hg.), *Das politische Zeremoniell im deutschen Kaiserreich, 1871–1918*, Düsseldorf 2008, S. 233–270; T. Mergel, *Propaganda nach Hitler. Eine Kulturgeschichte des Wahlkampfes in der Bundesrepublik 1949–1990*, Göttingen 2010, S. 335–348.

12 R. Dahrendorf, *Gesellschaft und Demokratie in Deutschland*, München 1965, S. 372f.

13 Vgl. V. Turner, *Das Ritual. Struktur und Anti-Struktur*, Frankfurt a. M. 2005; C. Geertz, *Dichte Beschreibung. Beiträge zum Verstehen kultureller Systeme*, Frankfurt a. M. 1983; A. Belliger/D. J. Krieger (Hg.), *Ritualtheorien. Ein einführendes Handbuch*, Wiesbaden 2005.

In Ritualen vergewissern sich Gemeinschaften der Traditionen und der Zukunft ihrer sozialen Ordnung und ihrer politischen Prinzipien. Anhand von Ritualen und ihrem Wandel wiederum können Historiker ebenso wie Ethnologen die kulturellen Dimensionen von Gesellschaften und ihrer politischen Verfasstheit ablesen und damit erklären helfen, was den Einzelnen mit dem Gemeinwesen verwebt.¹⁴ Die Ritualität des Wahltags bildet somit ein Kaleidoskop für die politische Kultur einzelner Demokratien – und einzelner politischer Generationen – und macht sie vergleichbar. Bei formell ähnlichen Wahlverfahren deutet die unterschiedliche rituelle Ausstattung des Wahltags an, welchen besonderen Spielregeln und Normen die jeweilige demokratische Ordnung folgt, welche Rolle etwa Bürger und Parteien, Staat und Konflikt darin spielen.

Ein solcher Ansatz erlaubt zudem, von der Aggregatsebene der Daten herabzusteigen in die komplexen Gefilde der Lokalität: Wahlen spielten sich, darüber sollte die Möglichkeit der Briefwahl nicht hinwegtäuschen, auch nach 1945 in der lokalen Anwesenheitsgesellschaft ab. Die Deutschen hatten zwar seit 1957 die Gelegenheit, brieflich zu wählen, doch die Mehrheit tut es bis heute nicht, sondern läuft ins Wahllokal. In Italien – wo es eine amtliche Wahlpflicht gab und wo man am Sonntag und am Montag bis 14 Uhr wählen konnte – mussten bis in die 1990er Jahre selbst im Ausland weilende Staatsbürger nach Hause reisen, um wählen zu können. Die Bindung nicht nur an das nationale Territorium, sondern auch an klar definierte Wahlbezirke in der Heimatstadt oder am Wohnort gab dem Wahltag einen lokalöffentlichen Charakter, der wie in der Vormoderne Teil seiner Ritualität war und die Beobachtungslust der Zeitgenossen weckte. Mit der Stimmabgabe verbanden sich bestimmte körperliche Bewegungen, Interaktionen, soziale Kontrolle, bisweilen auch Dresscodes. All diese lokalen Praktiken brachten Bezüge zur Demokratie und zum Staat zum Vorschein.

Krieg und Frieden. Der Wahltag im Lichte demokratischer Konfliktkulturen

Die hohe Wahlbeteiligung war keine Sympathiekundgebung für die heutigen Parteien, sondern eine Entscheidung für das kleinere Übel, und das ist in der Politik nicht selten eine notwendige Entscheidung,

so lautete nach den ersten Bundestagswahlen im August 1949 das nüchterne Fazit Ernst Friedlaenders in der *Zeit*.¹⁵ Von Freude über die zurückgewonnene Entscheidungsfrei-

14 Vgl. dazu, allerdings mit Fokus auf die Phase vor den Wahlen: A. Dörner, Wahlkämpfe – eine rituelle Inszenierung des demokratischen Mythos, in: ders./L. Vogt (Hg.), Wahl-Kämpfe. Betrachtungen über ein demokratisches Ritual, Frankfurt a. M. 2002, S. 16–42. Dass Wahlen in diesen Zusammenhang passen, haben verschiedene politikwissenschaftliche Studien – wenn auch ohne Referenz auf den Ritualbegriff – selber nahegelegt. Stephen Finkel hat konstatiert, dass die Teilnahme am Wahlakt systemstabilisierende Wirkung habe, weil sie den Einzelnen an das politische System binde; Mark Franklin hat argumentiert, die Wahlteilnahme hänge ab von der generationellen Sozialisation (also der Gewöhnung). Vgl. S. E. Finkel, The Effects of Participation on Political Efficacy and Political Support: Evidence from a West German Panel, in: The Journal of Politics, 49 (1987), S. 441–464; Franklin, Voter Turnout (Anm. 5).

15 E. Friedlaender, Die CDU hat das Wort, in: Die Zeit, 18.8.1949.

heit in der Demokratie war nichts zu spüren, im Gegenteil: Friedlaender rechnete es den deutschen Bürgern hoch an, dass sie sich *trotz* der Existenz rivalisierender Parteien zur Wahlurne begeben hatten. Es war paradoxerweise das Fundament jeder demokratischen Wahl, der Parteienpluralismus, der kritischen Beobachtern in der jungen Bundesrepublik als größter Risikofaktor für die Wahlbeteiligung galt.

Parteien hatten nach der Erfahrung des Nationalsozialismus und der als chaotisch, zerrissen und korrupt wahrgenommenen Weimarer Parteiendemokratie in den Augen vieler Deutscher ihr Recht verwirkt, als legitime Vertreter von Volksinteressen auftreten zu dürfen.¹⁶ Ihr Wahlkampf schien den Deutschen unerträglich. „Entgleisungen“, niedriges Niveau und gegenseitige Feindseligkeiten stellte die deutsche Presse allenthalben fest und meinte, es sei nicht verwunderlich, dass sich viele „angeekelt abwenden“.¹⁷ Der Wahlkampf entwürdigte mithin die Politik und das Volk, das sie vertreten wollte.

Schließlich sollen Männer, die den Anspruch erheben, das Volk Goethes und Beethovens zu repräsentieren, sich nicht so weit vergessen, daß sie sich wie Gevatter Handschuhmacher oder wie Kneipengäste aus der Vorstadt bekeifen und begeifern,

hieß es 1953 im Aschaffener *Main-Echo*.¹⁸ Wo die deutschen Parteien einen Wahlkampf betrieben, der keineswegs härter war als der italienische oder der englische, beobachteten Bürger und Reporter ein ausuferndes Maß an Hass und Häme, das ihnen als spezifisch deutsch erschien. Der deutsche Unwille zur Einigkeit wurde vor allem mit Verweis auf die Außenpolitik beklagt. Die nationalen Hoffnungen auf Wiedervereinigung und Selbstbestimmung waren in der Frühzeit der Bundesrepublik, aber auch noch 1961, als der Mauerbau in die Phase des heißen Wahlkampfes fiel, die wichtigsten ‚sachlichen‘ Argumente gegen den in Wahlkämpfen verkörperten Parteienkonflikt.¹⁹

In dieser demokratischen Konflikthaftigkeit manifestierte sich Politik als etwas, das den Bürgern fremd war. Am Ende des Wahlkampfes 1957 konstatierte etwa die *Schwäbische Donauzeitung* in Ulm, bei all den Behauptungen, Anschuldigungen und Verdächtigungen sei es dem „Uneingeweihten“ gar nicht mehr möglich, Schuldige von Unschuldigen zu unterscheiden.²⁰ Dieses für die Bürger undurchschaubare System schien im Wahlkampf für einige Wochen ihre Städte und Dörfer in Besitz nehmen zu wollen. Mit einem zwischen Skepsis und Verwunderung schwankenden Blick schritten die Reporter der Lokalgazetten durch die Straßen ihrer Städte und berichteten von Plakaten, Laut-

16 Vgl. dazu umfassend S. Ullrich, *Der Weimar-Komplex. Das Scheitern der ersten deutschen Demokratie und die politische Kultur der frühen Bundesrepublik 1945–1959*, Göttingen 2009.

17 Ist Wahlrecht wirklich Wahlpflicht?, in: *Die Zeit*, 4.8.1949. Vgl. dazu: T. Mergel, *Der mediale Stil der Sachlichkeit. Die gebremste Amerikanisierung des Wahlkampfes in der politischen Selbstbeobachtung der alten Bundesrepublik*, in: B. Weisbrod (Hg.), *Die Politik der Öffentlichkeit – die Öffentlichkeit der Politik. Politische Medialisierung in der Bundesrepublik*, Göttingen 2003, S. 29–53.

18 Nicht jeder Wähler..., in: *Main-Echo*, 5.9.1953.

19 Mahnung, in: *Hamburger Abendblatt*, 28.8.1953; Die Meinung der Leser: Mäßigung!, in: ebd., 8.9.1961; Die Meinung der Leser: Unsere selbstverständliche Pflicht, in: ebd., 14.9.1961. Umfassend dazu: Mergel, *Propaganda nach Hitler* (Anm. 11).

20 Der Wähler hat nun das letzte Wort im Meinungsstreit der Parteien, in: *Schwäbische Donauzeitung*, 14.9.1957.

sprecherwagen und Kandidaten, als seien sie Teil einer seltsamen Wanderzirkusaufführung. Diese Wahlkampfwerbung strengte an, weil die Deutschen ihr misstrauten. Sie galt als unnötige ‚Beeinflussung‘ der Bürger und ihrer ‚frei‘ gewählten Gesinnung – und damit als Störung.²¹ Eine Verdichtung fand das Wahrnehmungsmuster des Fremden in der semantischen Umschreibung des Wahlkampfes als Krieg. War der lokale Alltagsraum als friedlich, harmonisch und geordnet codiert, so brachte der Wahlkampf diese Alltagsstruktur durcheinander, weil er als konfrontativ, parteiisch und ungeordnet perzipiert wurde. Vielfach war die Rede von „Propagandakriegen“ und „Plakatschlachten“, und wenn die Wahlen vorüber waren, galt die „Schlacht“ als geschlagen.²²

Im Wahlakt befreiten sich die Bürger von all diesen Belastungen. Mit ihm trugen sie zur Konfliktbeilegung bei und dazu, dass wieder Ehrlichkeit einkehrte. Am Wahltag änderte sich mithin die Repräsentation von Politik. Die Bürger waren Träger dieses Übergangs und eroberten sich dabei auch ihren lokalen Alltagsraum zurück:

Nachdem in den letzten Wochen die Wellen des Wahlkampfes auch in Ulm recht hoch gegangen waren, verstummte gestern das Schlachtgetümmel. Seines Wertes voll und ganz bewusst stand nun endlich der Wähler selbst im Mittelpunkt des Geschehens. Die weithin leuchtenden Plakate [...] hatten plötzlich keine Bedeutung mehr. Nur die Stimme der Wähler beherrschte über Stunden die ganze Stadt,

tönte die Ulmer *Schwäbische Donauzeitung* 1957.²³

Von den harten Gangarten und schrillen Tönen der Parteien weg, so schien es, führten die Bürger am Wahltag die Politik wieder in ruhige und geordnete Bahnen. Dies machte die Performativität des Wählens nach 1945 aus. Durch ihre schiere körperliche Präsenz am Wahltag, ihr ruhiges, besonnenes und gleichförmiges Strömen zu den Wahllokalen, trugen die Bürger, ähnlich wie in einer Prozession, zur allgemein sichtbaren Demonstration von Einheit und Harmonie bei. Der Wahltag als nationales Ereignis hatte damit eine höchst inklusive Wirkung, und darin knüpfte er an Traditionen des Kaiserreiches an.²⁴ Die Presse widmete sich diesem großen Auftritt der Bürger in regelmäßig wiederkehrender Liebe fürs Detail. Wie ein Festtag wurde die ‚Stunde des Wählers‘ in den Gazetten der Bundesrepublik beschrieben, und zumeist strahlte dazu die Sonne: Die Hamburger Hafearbeiter wählten gleich nach der Nachtschicht, der Bürgermeister nach dem Frühstück, Damen kamen in Sommerkleidern und Soldaten in Ausgehuniformen, Kinder und Hunde warteten vor den Wahllokalen, Erstwählern wurde vom Wahlleiter feierlich

21 Wahlplakate, in: Schwäbische Donauzeitung, 1.9.1953; Wahlwerbung läuft nun auf Hochtouren, in: Main-Echo, 4.9.1953; Bundestagskandidaten gehen auf die Straße, in: Badische Neueste Nachrichten, 14.9.1957; Stunde des Wählers, in: Hamburger Abendblatt, 16./17.9.1961.

22 Die Schlacht ist geschlagen, in: Schwäbische Donauzeitung, 16.9.1957. Zu Raumcodierungen vgl. P. Betts, Ästhetik und Öffentlichkeit. Westdeutschland in den fünfziger Jahren, in: Weisbrod, Politik der Öffentlichkeit (Anm. 17), S. 231–260.

23 Schlacht (Anm. 22). Vgl. auch: Wahlrecht – Wahlvernunft, in: Hamburger Abendblatt, 5.9.1953; Vor der letzten Runde im Wahlkampf, in: Schwäbische Donauzeitung, 4.9.1957; U. Kitzinger, Wahlkampf in Westdeutschland. Eine Analyse der Bundestagswahl 1957, Göttingen 1960, S. 229.

24 Vgl. Biefang, Reichstagswahlen (Anm. 11), S. 251.

die Hand geschüttelt, im Krankenhaus kam die Urne gleich mit dem Frühstück ans Krankenbett, und die Wahlkämpfer vor den Wahllokalen unterhielten sich friedlich über die Parteigrenzen hinweg und boten einander Zigaretten an.²⁵ Der Wahltag vereinte alle Schichten des Volkes in einem gemeinsamen Akt. Das sozialdemokratische *Hamburger Echo* umschrieb das 1949 mit einer Emphase, die auch auf konservativer Seite geteilt wurde:

*Einen Tag im Laufe der Jahre gibt es, da sind wir allesamt Politiker, der Direktor und die Reinmachefrau, der Bauer und die Kellnerin, der Dichter und das Blumenmädchen, der Medizinalrat und die Krankenschwester, der Seemann und die Hausfrau. Es ist der Wahltag, der Tag der Gleichheit und der Selbstbestimmung.*²⁶

Wähler als ‚Politiker‘ – diese Stilisierung bedeutete, dass beinahe jede Handlung der Deutschen am Wahltag von staatstragender Qualität war. Die allerorts beschworene ‚staatsbürgerliche Pflicht‘²⁷ des Wählens war kein sinnentleerter Ritualismus, wie Dahrendorf meinte, sondern diente als stolze und würdevolle Vorführung ‚wahrer‘ Demokratie nach Wochen der Immoralität und der Uneinigkeit. Ihre Rolle darin erfüllten die Bürger in mustergültiger Weise. So ging etwa nach Meinung der *Badischen Neuesten Nachrichten* der Karlsruher Bürger am Wahltag 1957 „im Hochgefühl des sehr geehrten Wählers mit geschwollener Brust durch die vertrauten Straßen“.²⁸ Im Unterschied zu den chaotischen und lauten Wahlkampfwochen war die wichtigste Meldung vom Wahltag stets, dass es überall ruhig geblieben war:

*Es scheint, daß wir alle friedlicher geworden sind. Harmonie, Feiertagsstimmung lag über Hamburg. Nichts von der hektischen Aufregung vergangener Wahlschlachten. Die Polizei schaute zu. Der Titel Musterwahlbürger ist fällig.*²⁹

Mit dieser Feiertagsatmosphäre ähnelte die Wahltagsszenerie nicht nur jener im Kaiserreich, sie stilisierte auch diejenigen Bürger zu den größten Helden, die das Wählen im Kaiserreich gelernt hatten: die Senioren. Sie galten als die vorbildlichsten Wahlbürger, waren sie doch meist die ersten im Wahllokal und hatten auf dem Weg dorthin einige Strapazen auf sich nehmen müssen. „Während Sturmböen an den Bäumen rüttelten und das Wasser der Elbe schäumte“, so das *Hamburger Abendblatt* 1965, kämpften sich die Alten auf dem Weg zum Wahllokal mit Regenschirmen durch die Straßen, in deren Häusern die Jüngeren noch Kaffee tranken oder schliefen.³⁰ Dabei verloren sie nie ihre gute Laune. Redakteure begleiteten 1961 den ältesten Bürger der Stadt Ulm, einen 99-jährigen, zur Wahlurne. „Mit dem strahlendsten Gesicht der Welt und im Bewußt-

25 So erlebte Hamburg den Wahlsonntag, in: *Die Welt*, 15.8.1949.

26 Der Seemann und die Hausfrau, in: *Hamburger Echo*, 6.8.1949.

27 Z. B. in: Das Wort hat der Wähler, in: *Hamburger Morgenpost*, 5.9.1953.

28 Ich, der sehr geehrte Wähler, in: *Badische Neueste Nachrichten*, 16.9.1957. S. auch: *Goldene Sonne* über dem Wahlsonntag, in: *Hamburger Abendblatt*, 7.9.1953.

29 Ebd. S. auch: Ruhe auch in Hamburg, in: *Hamburger Morgenpost*, 7.9.1953.

30 Schlagsahne, Blumen und ein Auto als ‚Wahlkabine‘, in: *Hamburger Abendblatt*, 20.9.1965.

sein, mit seiner Stimme etwas Entscheidendes zur großen Politik beizutragen“, habe der rüstige Greis es sich nicht nehmen lassen, eigenhändig den Wahlzettel in die Urne zu stecken. „Meine Beine wellet halt nemme reacht, aber gewählt hane doch“ – mit solchen Zitaten feierten die Reporter den Einsatz der Alten für ihren Staat.³¹

Das Fundament der Mustergültigkeit des Wahlbürgers war dieses Pflichtbewusstsein gegenüber Staat und Nation, welche sich am Wahntag in ihren Bürgern verkörperten: ruhig, einig, feierlich, würdevoll. Damit stellten Bürger und Staat ihre moralische Überlegenheit gegenüber der streitenden und keifenden Parteipolitik performativ zur Schau und gaben der Demokratie gewissermaßen ihre Würde zurück. In dieser Symbolhaftigkeit stand der Wahntag aber auch für eine demokratische Kultur, die Konflikte nur schwer ertrug, und die sich in ihrer Feiertagsperformanz kaum von den Wahlen des Nationalsozialismus unterschied.³²

In Italien endete der Wahlkampf früher als in der Bundesrepublik: Der Freitag vor den Wahlen war der letzte Wahlkampftag. Allerdings resultierten daraus umgekehrte Wahltags szenarien. Während die deutschen Akteure ihre Propagandamöglichkeiten am Wahlwochenende kaum ausschöpften, kompensierten die Italiener die fehlende offizielle Wahlkampfarbeit durch vielfältige Formen der subtilen Wahlbeeinflussung. Beging man in der Bundesrepublik am Wahntag die feierliche Beendigung des Wahlkampfes, erreichte dieser in Italien an den Wahltagen erst seinen eigentlichen Höhepunkt.

Die demokratische Konfliktkultur Italiens kannte – trotz der ähnlichen faschistischen Erfahrungen – keine Abscheu gegen die harte Auseinandersetzung zwischen politischen Parteien, welche in Italien zudem viel stärker auseinanderdrifteten als in der Bundesrepublik. Nicht nur die massive Polarisierung der politischen Kultur zwischen Katholiken und Kommunisten und ihren Parteien *Democrazia Cristiana* (DC) und *Partito Comunista Italiano* (PCI),³³ sondern auch die stärkere Bereitschaft der Italiener, sich von Parteien mobilisieren zu lassen, führten hier zu einer lebhaften demokratischen Konfliktkultur. Die Klagen der Deutschen über den beeinflussenden, verwirrenden oder spaltenden Charakter der Wahlpropaganda waren den Italienern vollkommen fremd. Der Wahlkampf war hier eine Phase, in der sich jeder bemüßigt sah, klar für eine Partei Stellung zu beziehen: Es ging mithin um die tatsächliche *Wahlentscheidung* des Bürgers, während der westdeutsche Wähler eher die Rolle eines ‚Richters‘ über die Parteien einnahm.³⁴

31 O. T. [Wie man in Ulm den neuen Bundestag wählt...], in: Schwäbische Donauzeitung, 18.9.1961.

32 Vgl. F. Omland, „Germany Totally National Socialist“ – National Socialist *Reichstag* Elections and Plebiscites, 1933–1938: The Example of Schleswig-Holstein, in: R. Jessen/H. Richter (Hg.), *Voting for Hitler and Stalin. Elections Under 20th Century Dictatorships*, Frankfurt a. M./New York 2011, S. 254–275, hier S. 262f.

33 Vgl. A. Ventrone, *Il nemico interno. Immagini, parole e simboli della lotta politica nell'Italia del Novecento*, Rom 2005.

34 Nicht zufällig widmet die italienische Publizistik den nationalen Wahlen bisweilen ganze Monographien und erinnert sie im Stile großer nationaler Schlachten, deren wichtigste die erste Parlamentswahl (1948) darstellt. Vgl. M. Casella (Hg.), 18 aprile 1948. *La mobilitazione delle organizzazioni cattoliche*, Galatina 1992; E. Novelli, *Le elezioni del quarantotto. Storia, strategie e immagini della prima campagna elettorale repubblicana*, Rom 2008. Allgemein: C. Ghini, *Il voto degli italiani, 1946–1974*, Rom 1974; M. S. Piretti, *Le elezioni politiche in Italia dal 1848 a oggi*, Rom 1995; P.L. Ballini/M. Ridolfi (Hg.), *Storia delle campagne elettorali in Italia*, Mailand 2002.

Ein wichtiger Katalysator für die konfliktreichere politische Kultur Italiens war die Pres-selandschaft, die eine militantere Form der Beobachtung von Politik und Wahlkampf mit sich brachte. Die politische Zerklüftung reproduzierte sich in der starken Parteipresse wie in der lokalen und überregionalen Presse, wo Redakteure gewissermaßen selbst als Wahlkämpfer auftraten und Polemik allerorts als guter Stil galt. Die Parteipresse der Bundesrepublik bildete hingegen ein kleineres, zudem schrumpfendes Segment auf dem Pressemarkt. Die Journalisten der vielen unabhängigen (wenngleich mitunter parteina-hen) westdeutschen Lokalblätter gerierten sich vor allem im Lokalteil, wo der Wahltag besprochen wurde, gern als ‚bürgernahe‘ und damit ‚neutrale‘ Beobachter des politischen Geschehens.³⁵

Doch die Presse war nur Symptom einer demokratischen Kultur, die viel gelassener mit innergesellschaftlichen Konflikten und politischen Interessen umging als die deutsche. Der Wahltag hatte hier mithin nicht die Einigkeit der Italiener unter Beweis zu stellen, sondern einem politischen Lager den Sieg zu bringen. Wahlkämpfe dienten dazu, Mil-lionen von Parteimitgliedern und Wählern zu mobilisieren, selbst im Sinne ihrer Partei tätig zu werden und in der Familie, im Freundes- und Bekanntenkreis und in den Be-trieben für sie zu werben. Unter Werbung verstanden die Italiener dabei nicht so sehr, Begeisterung für das eigene Lager zu wecken, sondern in erster Linie, den politischen Gegner zu dämonisieren.³⁶

Daneben standen die italienischen Bürger durch die gesellschaftliche Macht und Omni-präsenz der Parteien und ihrer Patrone in engerem Kontakt mit der Parteiendemokratie als die Deutschen. Nicht nur die lokal agierenden Parteileute selbst, sondern auch Prie-ster, Lehrer, Künstler, Familienoberhäupter, Mafiosi, Arbeitgeber in der staatlich kontrol-lierten Wirtschaft und andere lokale Funktionsträger stellten Kontaktkanäle zu Parteien und somit zu höheren politischen Entscheidungsinstanzen her.³⁷ Das italienische System aus Patronage und Kliententum – häufig aus modernisierungstheoretischer Sicht verur-teilt³⁸ – stellte eine effiziente Spielart politischer Partizipation dar. Es führte dazu, dass auch die apulische Krankenschwester im Wahlkampf aktiv wurde, weil sie sich vom Sieg der Christdemokraten ganz persönliche Vorteile erhoffen konnte – etwa dass ihr Kran-kenhaus renoviert, ihr Job erhalten oder ihre Kinder in der Schule weiterhin christlich erzogen würden. Und nicht zuletzt war in der Hochphase des Kalten Kriegs der Glaube weit verbreitet, es stünden wahrhaftig die Sowjets vor der Tür, trügen die Kommunisten einen Wahlsieg davon.

35 Zur westdeutschen Regional- und Lokalpresse und ihrem Strukturwandel nach 1945 vgl. G. Meier, Innovation und Tradition in der Regionalpresse zwischen Weimar und Bundesrepublik, in: M. Prinz (Hg.), Gesellschaftlicher Wandel im Jahrhundert der Politik. Nordwestdeutschland im internationalen Vergleich 1920–1960, Paderborn/München u.a. 2007, S. 131–154.

36 Ventrone, *Nemico interno* (Anm. 33); S. Cavazza, *La Costituzione in piazza. Il tema costituzionale nelle campagne elettorali del dopoguerra (1948–1958)*, in: A. Barbera u.a. (Hg.), *L'apprendimento della Costituzione (1947–1957)*, Mailand 1999, S. 155–197.

37 La Palombara, *Die Italiener* (Anm. 7), S. 70–74.

38 J.-L. Briquet, *Scholarly Formulations of a Political Category: Clientelism and the Sociohistorical Interpretation of the ‚Italian Case‘*, in: *Modern Italy*, 14 (2009), S. 339–356.

Schauten die Deutschen im Wahlkampf also mit einer gehörigen Portion Distanz auf den Parteienstreit, kämpften die Italiener aus ganz persönlichen Motiven mit – und am Wahltag setzten sie sich dafür ein, ihrer Partei zum Sieg zu verhelfen. Das hatte zur Folge, dass – ganz im Gegensatz zur europäischen Tradition der Wahlmanipulation, bei der die lokalen Autoritäten: die Beamten, Pfarrer oder Unternehmer die Hauptakteure gewesen waren – die italienischen Wähler am Wahltag selbst versuchten, ihre Nachbarn, Freunde und Mitbürger in ihrer freien Stimmabgabe zu behindern oder zu beeinflussen. Dies war der Beitrag der italienischen Bürger zum Wahlkampf, der sich damit bis vor die Wahlurne verlagerte, wo die Parteien offiziell nicht mehr werben durften, dafür aber ihre Anhänger aus dem Wahlvolk ihren großen Auftritt hatten. In der Provinz Bari in Apulien bedrohten Hausfrauen 1948 christdemokratische Wählerinnen und wollten ihnen den Wahlschein abnehmen, Bäuerinnen zerstörten die Wahlscheine anderer Frauen, um sie vom Wählen abzuhalten, ein 33-jähriger Kommunist zerriss gar den Wahlschein seiner eigenen Großmutter, weil sie ihren Willen geäußert hatte, für die Christdemokraten zu stimmen. Bei den nächsten Parlamentswahlen im Jahr 1953 hatte sich das Bild kaum gewandelt. Fünf Kommunistinnen wurden etwa in Bari verhaftet, weil sie versucht hatten, eine Christdemokratin davon abzuhalten, eine alte Frau ins Wahllokal zu begleiten; dabei hatten sie ihr ins Gesicht zu schlagen.³⁹

Neben solch rüden Versuchen, die Nachbarn und Familienangehörigen am ‚falschen‘ Wählen zu hindern, kamen auch raffiniertere Methoden der Wahlbeeinflussung zum Einsatz. In der Provinz Brindisi gab sich 1948 ein alter, als unpolitisch geltender Herr in seinem Dorf als Kontrolleur von Wahlzetteln aus. Er hieß seine Dorfgenossen, ihm die Wahlscheine auszuhändigen, um sie auf ihre formale Korrektheit zu überprüfen, gab ihnen dann jedoch ungültige Wahlzettel zurück. Ganz wahrscheinlich handelte es sich bei ihm um einen Monarchisten, der von demokratischen Wahlen rein gar nichts hielt – keine seltene Haltung im Süden Italiens. Andernorts versuchte man, auf trickreiche Art die Wahlscheine anderer Wähler zu beschmutzen und damit ungültig machen.⁴⁰ Gelegenheit zu Manipulationsversuchen gab auch der Umstand, dass die Italiener in der Regel an ihrem Geburtsort wählten und deshalb oft lange Wege von ihrem Wohnort zum Wahllokal zurücklegen mussten. Geriet man dabei als Kommunist an einen kirchlichen Fahrdienst, konnte es vorkommen, dass man von Bari aus über Umwege zwölf Stunden lang durch die Dörfer Apuliens kutschiert wurde, damit man es nicht mehr rechtzeitig ins heimatliche Wahllokal schaffte.⁴¹

39 Prefetto Mormile (Bari) an das Innenministerium, Gabinetto, 19.4.1948, Archivio Centrale dello Stato, Rom (ACS), Ministero dell'Interno (MI), Gabinetto (GAB), 1948, b. 150, fasc. 17410; Capitano Chiapparo, Carabinieri di Barletta, an das Innenministerium, 19.4.1948, ebd., Fonogramma N. 12973; ders. an das Innenministerium, 19.4.1948, ebd., Fonogramma N. 12968; Capitano Pellegrino (Cerignola, Prov. Bari) an das Innenministerium, 19.4.1948, ebd., Telegramma N. 11519. Zu 1953: Maresciallo Marassa (Bitonto, Prov. Bari) an das Innenministerium, 7.6.1953, ACS, MI, GAB, 1953–56, b. 488, fasc. 7610, Telegramma N. 10821.

40 Maresciallo Maggiore Berrino (Francavilla Fontana, Prov. Brindisi) an das Innenministerium, 10.4.1948, ACS, MI, GAB (Anm. 39), 1948, b. 150, fasc. 17417, Telegramma N. 10324; O.V. [„Il prefetto di Bari comunica.“], Rom, 19.4.1948, ACS, MI, GAB (Anm. 39), 1948, b. 150, fasc. 17410.

41 Certificati medici falsificati scoperti a migliaia in Puglia, in: L'Unità, 9.6.1953.

Solche Vorkommnisse und die damit verbundenen Strafanzeigen der Opfer brachten die massive Präsenz der Polizei in den Wahlbezirken mit sich, die das Geschehen trotz aller Leidenschaften unter Kontrolle hatte. Nur bei den ersten Parlamentswahlen 1948 gab es vereinzelte Krawalle, seither blieb alles erstaunlich ruhig. Dennoch versuchte der Staat mit restriktiven Maßnahmen der Eskalation vorzubeugen. Menschenansammlungen waren am Wahlsonntag ebenso untersagt wie der Ausschank alkoholischer Getränke in den öffentlichen Bars.⁴² Undenkbar war so etwas in Deutschland, wo der Alkohol traditionell zum Wahltag dazugehörte und wo anfangs noch zu einem beträchtlichen Teil in Wirtschaftshäusern gewählt wurde – sichtbares Zeichen dafür, dass auch die Behörden am Wahltag keine hochkochenden Leidenschaften befürchteten. Als der Hamburger Bürgermeister Max Brauer am Wahlsonntag 1949 früh um zehn Uhr zum Wählen in den Klubraum einer Gaststätte kam, bestellte er sich erst einmal beim Wirt einen Schnaps.⁴³ Männer verbanden das Wählen gern mit einem anschließenden Frühschoppen. Die einzige Form des *leisure*, die der italienische Wahltag kannte, waren die Wahlwetten – und auch hier handelte es sich strenggenommen um eine sehr ernste Sache, denn auch hier ging es darum, zu gewinnen oder zu verlieren.

Unterschiedliche Bedeutungen des Wahltags in Italien und der Bundesrepublik bildeten aber dennoch eine ähnliche Tradition aus. Ob nun zur festlichen Konfliktbeilegung oder zum Zwecke des Kampfes für das eigene politische Lager – in beiden Fällen wurde das Wählen zum Gebot. In der Bundesrepublik überschlugen sich die Bundestagskandidaten in ihren Wählerbriefen und die Lokalzeitungen in ihren Wahlwochenendausgaben mit Mahnungen an die Bürger, wählen zu gehen. In Italien wurde Wahlabstinz im amtlichen Führungszeugnis des Bürgers vermerkt; wer nicht gewählt hatte, erschien zudem bis in die 1970er Jahre namentlich auf Anschlagtafeln der Gemeinde. Zusätzlich wirkten Parteien und Kirche auf die italienischen Wähler ein. Am Abend vor den Wahlen 1948 gab der Erzbischof von Genua – als einer unter vielen anderen Bischöfen – acht Gebote an die katholischen Wähler aus. Sein erstes Gebot lautete, Wählen sei eine höchste Pflicht, wer nicht wählen gehe, begehe eine Todsünde.⁴⁴ Die Wichtigkeit des Mitmachens zu betonen, bildete nach 1945 selbst eines der Wahlrituale in Deutschland und Italien. Die hohe Wahlbeteiligung wurde in den beiden postfaschistischen Staaten geradezu zur Obsession sowohl der Parteien als auch der politischen Beobachter.

42 Diese Praxis lockerte sich bald, doch auch noch 1958 verboten die Präfekten den Verkauf hochprozentiger Getränke: Tutti alle urne, in: *Giornale dell'Emilia*, 7.6.1953; Niente vino e liquori, in: ebd., 26.5.1953; E. Novelli, *C'era una volta il Pci. Autobiografia di un partito attraverso le immagini della sua propaganda*, Rom 2000, S. 10.

43 So erlebte Hamburg (Anm. 25).

44 L. Gedda, 18 aprile 1948. *Memorie inedite dell'artefice della sconfitta del Fronte Popolare*, Mailand 1998, S. 132.

Wachsamkeit im Wahlbezirk. Zur Bedeutung von Regeln, Verfahren und Kontrolle

Die Ritualität von Wahlen ist aufs Engste verwoben mit ihrem liminalen Charakter.⁴⁵ In den Städten der Vormoderne kam die Dramatik dieser Liminalität voll zum Tragen; hier waren Ratswahlen vor allem Phasen der Krise und der risikoreichen Vakanz: Der alte Rat war bereits abgesetzt, die Stadt also ohne Regiment, und damit war gewissermaßen alles erlaubt. Dies machte das genaue Ausführen der rituellen Ordnungen so bedeutsam und führte erst zu der zeremoniellen Ausgestaltung der Ratswahl. Indem alle städtischen Gruppen rituell einbezogen wurden, hielt man sie davon ab, Unfug zu treiben.⁴⁶

Nun sind in modernen Demokratien die Wahlgesetze klar geregelt und die Regierungen zum Zeitpunkt der Wahl formal noch im Amt. Die Tradition der Wahl als Phase des Übergangs vom Alten zum Neuen blieb dennoch wirkungsvoll. Weil sich am Wahltag die Karten neu mischten, bot er auch immer Gelegenheiten für außerordentliche Auftritte der Bürger – und für illegitime Praktiken. Die Aufmerksamkeit, mit der die Zeitgenossen den lokalen Wahlablauf beobachteten, vermittelt einen Eindruck von zumindest latenter Unsicherheit über den regelkonformen Ablauf. Trotz der Wahlgesetze waren die Regeln, die Legitimität herstellten, nicht unumstritten; sie mussten vor Ort erst ausgehandelt und eingeübt werden. Auch in dieser Hinsicht unterschieden sich Italien und die Bundesrepublik.

Als Gegenentwurf zum quasi regelfreien Wahlkampf und als Ausweis ‚staatsbürgerlicher‘ Qualitäten vor Ort, war die lokale Gesellschaft in Westdeutschland auf ein reibungsloses Wahlgesehehen bedacht. Noch 1957 zeigten sich Wahlamtsleiter und Organisatoren nervös, man hoffte auf gutes Wetter und einen „ungetrübten“ Ablauf.⁴⁷ Die Wähler sollten sich idealerweise gleichmäßig über den Tag verteilen, so dass Menschenansammlungen vor den Wahllokalen vermieden wurden. Als 1953 Störaktionen von FDJ-Gruppen drohten, erklärten sich auch Mitglieder der örtlichen Sport- und Turnvereine bereit, die Wahllokale zu sichern. Ehre gebührte schließlich dem fleißigsten Wahlbezirk der Stadt, der zuerst mit der Stimmenaushaltung fertig war – er wurde in mancher Lokalzeitung erwähnt.⁴⁸

Die einzigen Zwischenfälle, die sich in dieser penibel organisierten Szenerie ereigneten, trugen den grotesken Charakter lernender Demokraten, die sich über die formalen Verfahren noch nicht ganz im Klaren waren. Die Öffnungs- und Schließzeiten der Wahllokale waren in den ersten Wahlen der 1940er Jahre, den Kommunalwahlen, selbst einigen Wahlvorständen noch nicht bekannt. Später wurden sie strengstens eingehalten. Als ein Ulmer Wähler 1965 bereits kurz vor acht Uhr seine Stimme abgeben wollte, verweiger-

45 Vgl. Mergel, Propaganda nach Hitler (Anm. 11), S. 335f.

46 Poeck, Ratswahl (Anm. 11), S. 74.

47 Regenschauer und Herbstsonne, in: Badische Neueste Nachrichten, 16.9.1957

48 Wahlpropaganda mit ‚schräger Musik‘, in: Schwäbische Donauzeitung, 3.9.1953; Schlacht (Anm. 22). Das war noch 1987 so. S. Wahl-Nachlese, in: Südwest Presse, 27.1.1987.

ten ihm die Wahlhelfer das, woraufhin er schimpfend seinen Wahlzettel zerriss.⁴⁹ Ein Hamburger Wahlleiter machte 1953 Feierabend, ohne die Stimmen ausgezählt zu haben, weil er am nächsten Morgen früh aufstehen musste. Nicht einmal die Polizei konnte ihn wieder aus dem Bett holen.⁵⁰ Verhielten sich die Amtsleute nicht regelkonform, halfen die Bürger nach. So verschief ein Bürgermeister im Kreis Uelzen, der rechtzeitig das Wahllokal hätte öffnen müssen, 1953 den Wahlbeginn, weil er am Vorabend zu ausgiebig gefeiert hatte. Aus der Warteschlange vor dem Wahllokal lösten sich einige Bürger, gingen zu seinem Haus, weckten ihn und machten ihn, wie es in der *Hamburger Morgenpost* hieß, „auf seine Pflichten aufmerksam“. Da einige Wähler inzwischen wieder nach Hause gegangen waren, veranlasste der Bürgermeister, sie auf seine Kosten mit dem Auto zum Wahllokal zu chauffieren.⁵¹

Versuche der Wahlmanipulation waren hingegen Einzelfälle und beschränkten sich auf die Frühzeit der Bundesrepublik.⁵² Die einzig nennenswerte Form strategischer Einflussnahme fand in den Kirchen der Bundesrepublik statt, wo die katholischen Pfarrer – in alter Tradition der Zentrumspartei – am Wahlsonntag die Gemeinde aufforderten, für den ‚christlichen‘ Kandidaten zu stimmen. Doch auch hier entwickelten die Wähler rasch ein Bewusstsein für die Unzulässigkeit dieser Methode. Als die SPD-Abgeordnete Lucie Kurbaum-Beyer am Wahltag 1953 mit dem Lautsprecherwagen durch die Straßen Fuldas fuhr, kamen ihr Frauen, mit denen sie im Wahlkampf gesprochen hatte, aus den Kirchen entgegengeeilt und beteuerten ihr, mit den Tränen kämpfend, dass sie es als ungerecht empfanden, was der Pfarrer ihnen als göttliche Pflicht aufgetragen hatte.⁵³

Die Gewissenhaftigkeit der deutschen Wähler war auch eine lokale Selbstbeschreibung. So berichtete die *Schwäbische Donauzeitung* in Ulm 1961 von einem älteren Ehepaar, das wegen der Wahlen seinen Urlaub abgebrochen hatte. Gefragt, warum sie nicht brieflich wählten, antwortete der 76-jährige Ehemann, der dabei wahrscheinlich auch auf seine langen Wahlerfahrungen zurückblickte:

*Wissen Sie, wenn ich nicht selbst dabei bin, kann's unter Umständen schief gehen, und das kann man sich heute einfach nicht leisten. Wenn ich aber persönlich meinen Stimmzettel abgebe, dann weiß ich gewiß, daß ich gewählt habe.*⁵⁴

Hier und da zeigten sich in den ersten Jahren noch Defizite, doch insgesamt waren sich die Deutschen über die Regeln und Verfahren des Wahltags und ihre Legitimität einig

49 Ulm hat gewählt, in: *Schwäbische Donauzeitung*, 29.5.1946; Erst strahlte die Sonne – dann die CDU, in: ebd., 20.9.1965.

50 Goldene Sonne (Anm. 28).

51 Bürgermeister verschief Wahlbeginn, in: *Hamburger Morgenpost*, 7.9.1953.

52 So gab sich bei der Ulmer Kommunalwahl ein Mann als freiwilliger Helfer aus, gab den Wählern im Wahllokal aber dann von der CDU manipulierte Stimmzettel aus. In Niederbayern erschienen noch 1953 fünf junge Männer mit gefälschten Wahlscheinen und flüchteten im Pkw, als der Wahlleiter ihnen auf die Schliche gekommen war. S. Ulm hat gewählt (Anm. 49); Bürgermeister verschief Wahlbeginn (Anm. 51).

53 Abgeordnete des Deutschen Bundestages. Aufzeichnungen und Erinnerungen, hrsg. v. Deutschen Bundestag, Bd. 4, Boppard am Rhein 1988, S. 178.

54 O.T. [„Wie man in Ulm...“] (Anm. 31).

und allesamt darauf bedacht, ihnen zu folgen und damit Regelsicherheit am Wahltag herzustellen.

Wer den Wahltag aber wie die Italiener als den letzten Tag des Kampfes um die Wahlentscheidung verstand, begriff die Regeln und Verfahren des Wählens selbst als Mittel des Kampfes. In Italien folgte man nicht einfach äußerlich gesetztem Recht, man definierte es eigensinnig und wandte es entsprechend an. Diese Flexibilität im Umgang mit Regeln und Gesetzen ist dem traditionell schwierigen Verhältnis der Italiener zum Staat geschuldet, das es als demokratische Freiheit versteht, über die Durchsetzung bestehender Gesetze verhandeln zu können.⁵⁵ Insofern war die italienische Wahlsituation von der Unsicherheit liminaler Phasen durchdrungen, die hier schöpferisch-kreativ genutzt wurden, um den Ausgang der Wahlen zu beeinflussen – dies stellte eine Tradition dar, die sich bereits im liberalen Zeitalter ausgebildet hatte.⁵⁶ Das Zerreißen von Wahlscheinen anderer Wähler oder der Versuch, sie am Erreichen des Wahllokals zu hindern, waren Teil einer Kultur, die die Kontrolle über die Wahlverfahren nicht staatlich, sondern lokal definiert wissen wollte. Nicht zufällig versuchten etwa Bologneser Bürger (mutmaßlich Kommunisten) am Wahlsonntag 1948, die Kontrolle der Polizei über die Wahlbezirke zu lockern, indem sie per Telefon ständig fingierte Zwischenfälle meldeten, um die Sondereinsatzkommandos zu beschäftigen.⁵⁷ So konnten die Parteileute selbst ungestört die Wahllokale überwachen und prüfen, wer mit wem eintrat und wer eventuell schon einmal drin gewesen war. Ursache dieser Wachsamkeit war das Misstrauen gegenüber dem gegnerischen Lager, das sich aus der Gewissheit nährte, die politischen Gegner würden in jedem Falle versuchen, ihre eigenen Regeln durchzusetzen. Die wechselseitige Erwartung von Regelbrüchen gedieh zur sich selbst erfüllenden Prophezeiung. Massenhaft wurden in den ersten Parlamentswahlen Fälle illegaler Zweifachwahl gemeldet, weil Leute mit gefälschten Wahlscheinen oder unter falschem Namen doppelt gewählt hatten. Manche legten dabei beachtliche Distanzen zurück; so wählte eine Nonne 1953 einmal in Neapel und einmal im 250 Kilometer entfernten Bari.⁵⁸ Väter wollten mit den Wahlscheinen ihrer Söhne wählen, Jugendliche fälschten ihr Geburtsdatum, um zur Urne vordringen zu können, Wahlscheine standen zum Verkauf und fanden Käufer.⁵⁹ Eine in Italien beliebte und in Deutschland quasi unbekannt Form ‚verdächtigen‘ aber legalen Verhaltens war das Wählen in Begleitung. Sehschwäche und andere Handicaps erlaubten es dem Wähler, eine Begleitperson mit in die Wahlkabine zu nehmen. Nicht selten standen diese persönlichen Wahlassistenten unter Verdacht, die Entscheidung der ihnen Anvertrauten zu beeinflussen oder zu kontrollieren. Extreme Auswüchse nahm diese Form gemein-

55 La Palombara, *Die Italiener* (Anm. 7), S. 58–63.

56 Vgl. M. Schacht, *Wahlen zwischen Recht und Beeinflussung: Zur Wahlkultur in Italien um die Jahrhundertwende im Vergleich mit Preußen*, in: M. Kirsch u.a. (Hg.), *Der Verfassungsstaat vor der Herausforderung der Massengesellschaft. Konstitutionalismus um 1900 im europäischen Vergleich*, Berlin 2002, S. 197–221.

57 Notizia ANSA [Bologna], o.D. [April 1948], ACS, MI, GAB (Anm. 39), 1948, b. 150, fasc. 17414.

58 Auch zu weiteren Fällen: *Certificati* (Anm. 41).

59 Ten. Liberio, *Tenenza Esterna Carabinieri di Bari*, an das Innenministerium, Gabinetto, 16.4.1953, ACS, MI, GAB (Anm. 39), 1948, b. 150, fasc. 17410, *Fonogramma* N. 11707; ders. an das Innenministerium, Gabinetto, 20.4.1953, ebd., *Fonogramma* N. 13094; *Le operazioni di scrutinio*, in: *Giornale dell'Emilia*, 8.6.1953.

schaftlichen Wählens im kleinen Ort Navarra in der Provinz Corleone (Sizilien) an, wo am Wahltag Hunderte von Menschen vorgaben, erblindet zu sein, damit die örtlichen Mafiosi ihnen in der Wahlkabine über die Schultern blicken konnten.⁶⁰

Das wichtigste Instrument der Wachsamkeit (ebenso wie der Manipulation) im Wahllokal war das Personal an Wahlhelfern, das die Parteien rekrutieren durften. Zwar waren sie Amtspersonen, doch hatten sie zugleich die Aufgabe, „die Interessen der Partei im Bereich des Wahllokals zum Zeitpunkt der Stimmabgabe“ zu hüten, wie es die DC gegenüber ihren Aktivisten formulierte⁶¹ – ein widersprüchliches Aufgabengebiet, das in der Praxis folglich Grauzonen aufwies. Die Wahlhelfer hatten zu kontrollieren, dass alles mit rechten Dingen zuring, sie konnten aber den Wählern auch noch einmal einbläuen, wie sie ‚richtig‘ zu wählen hatten. Zudem ergaben sich Interpretationsspielräume und manchmal handfeste Konflikte, wenn es darum ging, die Gültigkeit der Stimmzettel festzustellen. Ein Wahllokal, in dem keine eigenen Vertreter anwesend waren, versetzte Christdemokraten wie Kommunisten in höchste Unruhe, denn wieder erwartete man den Regelbruch des Gegners. Nach den Wahlen 1953 war Alcide De Gasperi überzeugt, dass kommunistische Wahlhelfer massenhaft Stimmzettel von DC-Wählern für ungültig erklärt hätten. Noch 1958 meinte die DC, die Kommunisten animierten ihre Wahlhelfer mit attraktiven Preisen, bei der Stimmauszählung so viele Einsprüche wie möglich gegen die Gültigkeit unliebsamer Stimmzettel zu erheben.⁶² Wie wirkmächtig die Erwartungen des Regelbruchs auch in der Bevölkerung waren, erfuhr die DC in kommunistisch dominierten Regionen wie der Emilia-Romagna, wo sich katholische Wähler allein aufgrund der Präsenz kommunistischer Wahlhelfer bedroht fühlten. Ein Wahlleiter aus der tiefroten Provinz Bologna erinnerte sich, die Bäuerinnen seien 1948 mit einer solchen Angst ins Wahllokal gekommen, dass sie beim Eintreten die Wahlhelfer wie Bestien angeschaut und wider ihre Überzeugung die Kommunisten gewählt hätten – in dem Glauben, die Wahlhelfer würden später ihre Stimmzettel kontrollieren und Angst und Schrecken über das Dorf bringen, trügen sie nicht das Kreuz an der gewünschten Stelle.⁶³

Nicht immer jedoch bestimmte parteipolitisches Kalkül das individuelle Regelbewusstsein. So begann ein Wahlvorsteher in einem kleinen Ort bei Udine, nachdem er die ausgezählten Wahlurnen nicht wie vorgeschrieben in Begleitung zweier Wahlhelfer beim Amtsgericht eingereicht hatte und deshalb wieder weggeschickt worden war, in einem

60 H. Hess, *Mafia. Zentrale Herrschaft und lokale Gegenmacht*, Tübingen 1970, S. 161.

61 Ufficio Elettorale DC: Elezioni politiche 1963. Piano di lavoro dell'Ufficio Elettorale Centrale, 20.7.1962, S. 25, Istituto Luigi Sturzo, Rom (ILS), Archivio storico, Fondo Democrazia Cristiana (DC), Segreteria Politica (SP), Atti dei segretari (AdS), Sc. 98, fasc. 35, s.fasc.: Elezioni politiche 1963, Programma di lavoro,

62 D. Magrì (Rom) an die Segretari Provinciali u. Dirigenti Elettorali Provinciali, 17.5.58, ILS, DC, SP, AdS (Anm. 61), Sc. 51, fasc. 72, Circ.N.1471-58 (30/UEC). Zu 1953: G. Galli, *Storia della DC*, Mailand 2007, S. 17.

63 La paura, in: *Giornale dell'Emilia*, 29.5.1953. S. auch: Direzione Centrale, Ufficio Elettorale: Piano di lavoro elettorale, o. D. [1963], S. 7, Archivio di Stato, Bologna, Fondo Democrazia Cristiana, Comitato Comunale di Bologna, Elettorale 5, fasc.: Ufficio Elettorale. Die Kommunisten wiederum verdächtigen 1953 die christdemokratischen Wahlvorsteher in Apulien, Hunderte von falschen Attesten ausgestellt zu haben, so dass Wähler in Begleitung von Christdemokraten die Wahlkabine hätten betreten können: Certificati (Anm. 41)

Anfall von Wut auf der mit Menschen gefüllten Piazza des Ortes mit den Wahlurnen Fußball zu spielen.⁶⁴

Charakteristisch für den Umgang der italienischen Parteileute mit den Wahlverfahren aber war, dass sie niemals offen oder grundsätzlich das Gesetz brachen. Vielmehr versuchten sie, die Interpretationshoheit über Regeln und Verfahren zu erlangen und damit ihre Gegner zu schädigen. Die Wachsamkeit gegenüber dem Gegner und die gegenseitigen Kriminalisierungen führten schließlich zu dem Effekt, dass Regelkonformität ex negativo zu einer Auszeichnung wurde, die sich jede Partei vor ihrem lokalen Publikum gern verdienen wollte. Die gegenseitige Beobachtung zog mittelfristig ein einvernehmliches Regelbewusstsein – eine Art Waffenstillstand bei anhaltender Bewachung im Wahllokal – nach sich. Seit den 1960er Jahren kam es nur noch selten zu Abweichungen oder Wahlanfechtungen.⁶⁵ Auch die Bürger lernten zunehmend, was sie zu tun hatten und wem sie vertrauen konnten – wie wichtig Vertrauen blieb, verdeutlicht ein Leserbrief aus dem Jahr 1972, in dem ein PCI-Wähler die Partei bat, ihre Leute in den Wahllokalen doch mit roten Tüchern oder ähnlicher Symbolik auszustatten, so dass sie schnell zu erkennen seien und die Wähler sich unter all den sonst noch anwesenden Ordnungskräften sicher fühlen könnten.⁶⁶

Die zunehmende Verfahrenssicherheit auf Seiten der Bürger ging tatsächlich nicht unwesentlich auf die Wahlhelfer der Parteien zurück: Ihre Präsenz wirkte nicht nur beruhigend, sie leisteten auch politische Bildungsarbeit. Die Quote der ungültigen Stimmen war in Italien immer verhältnismäßig hoch. Menschen mit wenig Bildung, aber auch Frauen, die erst 1946 das Wahlrecht erhalten hatten und in Italien (wie in Deutschland) stets die Mehrheit der Wähler stellten, zeigten sich beim Umgang mit den Stimmzetteln unsicher, wussten nicht, wie und wo sie ihre Partei markieren sollten. So konnte es vorkommen, dass Stimmzettel als ungültig gewertet wurden, weil man das Zeichen des Wählers einfach nicht entdeckt hatte.⁶⁷ Erschwerend hinzu kam, dass auf den italienischen Stimmzetteln aus Rücksicht auf die Analphabeten nur die Parteisymbole abgedruckt waren, was es bei deren Fülle gar nicht so einfach machte, die ‚richtige‘ Partei zu finden. Die unterschiedliche Anordnung der Symbole auf den beiden Stimmzetteln für den Senat und das Parlament stifteten zusätzlich Verwirrung. Mit Faksimiles der Stimmzettel wurden die Wähler deshalb auch im Wahllokal noch einmal instruiert, bevor sie die Wahlkabine betraten.

64 Maggiore Valenti (Tolmezzo, Prov. Udine): Telegramma N.11099, 9.6.1953, ACS, MI, GAB (Anm. 39), 1953–56, b. 492, fasc. 7686.

65 Selbst 1976, auf dem Höhepunkt der Polarisierung in Italien, waren Zwischenfälle und Unregelmäßigkeiten in den Wahllokalen die Ausnahme und wurden von Wählern und dem erfahrenen Personal im Wahllokal aufgedeckt und sofort korrigiert, ohne dass dies anschließend polemische Debatten hervorrief. Zu diesen Fällen s. Brogli tentati da dc in Sicilia, in: L'Unità, 21.6.1976; Torino: schede irregolari in alcuni seggi, in: ebd.

66 Lettere all'Unità: La presenza dei comunisti al seggio elettorale, in: L'Unità, 16.4.1972.

67 G. Muraro (Montecchio Maggiore, Prov. Vicenza) an den Innenminister M. Scelba, 10.6.1953, ACS, MI, GAB (Anm. 39), 1953–56, b. 492, fasc. 7691. Zu den Frauen: Appunti per la campagna elettorale, o.D. [1948], ILS, DC, SP, AdS (Anm. 61), Sc. 2, fasc. 5, s.fasc. 4, S.P.7.4.3.

In Deutschland war das Wahllokal ebenso wenig ein neutraler Ort – die ehrenamtlichen Wahlvorsteher, Schriftführer und Beisitzer waren auch hier häufig Parteimitglieder.⁶⁸ CDU und SPD waren dabei gleichermaßen auf Wachsamkeit bedacht und trieben ihre Parteifreunde an, in den Wahllokalen mitzuhelfen, damit dort nicht nur Vertreter der gegnerischen Parteien die Stimmen auszählten.⁶⁹ Der Unterschied war jedoch, dass in der Bundesrepublik niemand über die Präsenz der Parteien in den Wahllokalen sprach und wohl auch keiner auf die Idee gekommen wäre, die Wahlhelfer ließen sich bei ihrer staatstragenden Aufgabe von Parteiinteressen beeinflussen – was sie auch nicht taten. Die Folge war eine gegen Null tendierende Zahl an Wahlbeschwerden oder Beanstandungen – ganz anders als im Kaiserreich und in der Weimarer Republik. Wie sie selbst die Wahl als einen Staatsakt vollführten, so schrieben die Deutschen den Wahlhelfern wohl ebenfalls staatsmännische – also: unparteiliche – Qualitäten zu. Bestätigt wurde dies dadurch, dass sich die Parteileute in den Wahllokalen nicht pädagogisch-beratend hervortaten wie in Italien.⁷⁰ Auch in Zeiten zunehmender Politisierung und Polarisierung zwischen 1972 und 1980 kam es zu keinerlei Unruhe im Wahllokal. Stattdessen dominierten auch hier die friedliche Feiertagsstimmung und ein gewisser Hang zur Mustergültigkeit. In Ulm etwa zeigte sich ein Ehepaar, das sich 1961 als erstes im Wahllokal einfand, tief enttäuscht, als es keine Blumen erhielt. Im Wahllokal eines Hamburger Kleingartenvereins erhielten die ersten Wähler 1965 tatsächlich Sträuße. Überhaupt ertüchtigten sich mancherorts die Wahlvorstände in kleinen Nettigkeiten gegenüber ihren Wählern, etwa indem sie Geburtstagskinder beschenkten. Ein Hamburger Konditor, der zwei Minuten vor sechs das Wahllokal betrat, musste, um noch wählen zu dürfen, den Wahlhelfern versprechen, sie beim Auszählen mit Kuchen zu versorgen.⁷¹ Kurzum: Im deutschen Wahllokal ging es höflich und bisweilen locker zu.

Ein weiterer Unterschied zwischen Deutschland und Italien bestand in der Art, wie die Parteien die Wählerströme zum Wahllokal kontrollierten. Vor allem die italienischen Christdemokraten taten sich hier hervor, gingen sie doch davon aus, dass die Kommunisten geschlossen zur Wahl gingen, ihre eigenen Anhänger hingegen etwas fauler waren. In der Frühzeit der Republik half die katholischen Laienorganisation *Azione Cattolica*,⁷²

68 Braasch, Bezirksleiter im Bezirksamt Hamburg-Nord, an die CDU, Kreisverband Hamburg-Nord, 18.7.1957, Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Sankt Augustin (ACDP), 02-155-003/2; R. Tinke, Bezirksamt Hamburg, an die SPD Hamburg-Altona, 22.1.1974, Archiv der sozialen Demokratie, Bonn (AdsD), Abt. III, SPD-Landesorganisation Hamburg (SPD-LO HH), Kreisverband Altona – I. Lieferung (KV Altona I), Mp. 130; Meldungen Kreisverband Nord der CDU für Wahlvorsteher, Stellvertreter, Beisitzer, Schriftführer, o.V., o.D. [1965], ACDP, 02-155-002/1.

69 Dazu und zum Folgenden: W. Brune (Hamburg) an den CDU-Kreisverband Hamburg-Nord, 6.8.1965, ACDP (Anm. 68), 02-155-002/1; H. Schröder, CDU-Kreisverband Hamburg-Nord, an die Mitglieder des Kreisverbandes, 9.7.1965, ebd.; Vorstand der SPD, Abt. Öffentlichkeitsarbeit (Hg.), Handbuch für Kandidaten und Wahlkampfleiter. Bundestagswahl '72, Bonn o. J. [1972], Abschnitt 7.5, S. 20.

70 In Deutschland übernahmen das die Lokalzeitungen. Zu den Traditionen im Kaiserreich vgl. M. L. Anderson, *Practicing Democracy. Elections and Political Culture in Imperial Germany*, Princeton 2000. Zur Weimarer Republik vgl. den Beitrag von Benjamin Schröder in diesem Band.

71 O. T. [„Wie man in Ulm...“] (Anm. 31); *Schlagsahne* (Anm. 30).

72 Mit Hilfe der politischen Aktionsausschüsse (*Comitati Civici*) agitierten sie die Katholiken, zur Wahl zu gehen, und instruierten sie, was sie im Wahllokal zu tun hatten. Das Heer katholischer Wahlmobilisierer umfasste 1948 an die 300 000 Aktivisten. S. C. Falconi, *Gedda e l'Azione Cattolica*, Florenz 1958, S. 125–140.

im Verlauf der 1950er Jahre versuchte die DC aber in Eigenregie, ein ausgeklügeltes System der Wählerkontrolle und -schlepperei zu installieren, das an Praktiken des 19. und frühen 20. Jahrhunderts erinnerte. Ein ortskundiger Wahlbezirksverantwortlicher (*Responsabile di sezione elettorale*) hatte mit Hilfe der amtlichen Wählerlisten den Namen, die Adresse, den Beruf und die politische Einstellung eines jeden Wählers in seinem Einzugsgebiet festzustellen. Mit diesen Informationen sollten potentielle Stammwähler erkannt, angesprochen und am Wahltag überwacht werden. Verzögerte sich ihr Gang zur Wahlurne, hieß es, sie zu besuchen und Druck auf sie auszuüben. Die verantwortlichen Wahlschlepper wurden von den Parteipräsentanten in den Wahllokalen auf dem Laufenden gehalten; sie sollten am Abend des Wahlsonntags und am Morgen des Wahlmontags ausschwärmen, um Säumige zur Wahlurne zu treiben.⁷³ Dem Wahlbezirksverantwortlichen zur Seite stand eine Wahlbezirksbeauftragte (*Incaricata di seggio*), die sich in gleichem Maße um die weibliche Wählerschaft zu kümmern hatte.⁷⁴ Diese besondere Aufmerksamkeit der italienischen Parteien für die Wählerinnen ist bezeichnend für die Akribie, mit der die Parteien in Italien den Wahltag durchorganisierten. Vergleichbare Parteifunktionen waren in der Bundesrepublik unbekannt. Die Wähler wurden sich selbst überlassen; ihnen nicht zu sehr auf die Pelle zu rücken, galt als guter demokratischer Ton. So mahnte die SPD ihre Wahlkämpfer 1953 in einem Handbuch: „Zur Wahl gezwungene Wähler entwürdigen Demokratie und Persönlichkeit.“⁷⁵ In der CDU gab es zwar mitunter Überlegungen, in einigen Wahlbezirken eine „Wähler-Schlepphilfe“ zu installieren, wobei säumige Wähler ebenfalls mittels der Listen im Wahllokal ermittelt werden sollten. Doch unabhängig davon, dass dafür kaum genügend Parteileute disponibel waren, lag der Unterschied zu Italien darin, dass jene Wähler nicht durch persönlichen Kontakt, sondern durch papierne Medien zum Wählen aufgefordert werden sollten.⁷⁶ Die deutschen Parteien hielten körperliche Distanz zum Wähler.

Die einzige soziale Gruppe, die in der Bundesrepublik in den Genuss systematischer Wahlschlepperdiensten kam, waren die Alten und Gebrechlichen: Für sie organisierten die Parteien Pkw-Fahrten von der Haustür zum Wahllokal und zurück, die am Wahltag telefonisch angefordert werden konnten. Die italienischen Parteileute chauffierten alte und kranke Wähler ebenfalls zum Wahllokal, doch auch in diesem Fall betrieben sie einen höheren organisatorischen Aufwand als die deutschen: Statt spontan auf Anrufe zu reagieren, hatten die ‚Transportbeauftragten‘ der DC im Vorfeld der Wahl Fahrpläne zu erstellen, die die Gefahr nutzloser Fahrten minimierte, damit mehr Zeit zur Kontrolle

73 Ufficio Elettorale DC: Elezioni politiche 1963. Piano di lavoro dell'Ufficio Elettorale Centrale, 20.7.1962, S. 29, ILS, DC, SP, AdS (Anm. 61), Sc. 98, fasc. 35, s.fasc.: Elezioni politiche 1963, Programma di lavoro; G. A. Arnaud, Ufficio Elettorale Centrale, an die Dirigenti Elettorali Provinciali, 26.4.1972, ebd., Sc. 191, fasc. 7, Circ.n. 3371 – 72 (22/UEC).

74 Ufficio Elettorale Centrale an die Segretari di Zona, 25.3.1953, ebd., Sc. 12, fasc. 15, Circ.n. 92-53.

75 Propagandareferat der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Hg.), Der sozialdemokratische Wahlhelfer, Bonn 1953, S. 5.

76 Es handelte sich um vorbereitete Briefe, die man an der Tür hinterließ oder überreichte. S. Protokoll der CDU-Kreisvorstandssitzung Hamburg-Nord vom 7.10.1965, 12.10.65, ACDP (Anm. 68), 02-155-005/2.

der Stammwähler blieb.⁷⁷ Dazu mussten sie freilich die Wähler kennen, die sie abzuholen hatten.

Die italienischen Christdemokraten imitierten mit der Praxis der Wahlschlepperei auf der Basis kleiner territorialer Einheiten die Strategie der Kommunisten, deren Spezialität es war, das lokale Umfeld zu kennen und es als soziale Entität zu fassen, die durch ähnliche soziokulturelle Merkmale und vor allem durch Bekanntschaft zusammengehalten wurde. Nicht nur die italienischen Wahlkämpfe, auch der Wahltag selbst war bestimmt von der Macht lokaler Netzwerke. Die Konflikthaftigkeit und die persönliche Hingabe, die den italienischen Wahltag auszeichneten, wurden erst im Kontext dieser lokalen Strukturen produziert. Wählen war in Italien mithin keine staatsbezogene Handlung wie in der Bundesrepublik, sondern eine Gelegenheit, zu zeigen, wer der Hegemon über das Dorf und das Stadtviertel war.

Ritueller Wandel und die eingeübte Wahlpflicht

Solche auf nachbarschaftlicher Bekanntschaft beruhenden Methoden waren bedroht, wenn sich die lokalen Netzwerke auflösten, weil Menschen den Ort wechselten oder weniger politisch gebundene Generationen heranwuchsen. Die DC zeigte sich in zunehmendem Maße mit ihren Aktivisten unzufrieden, je mehr sie sie dazu anhielt, nicht die überzeugten DC-Wähler, sondern die Unentschlossenen und jene, deren politische Präferenz man nicht kannte, anzusprechen.⁷⁸ Die Zahl der Unentschlossenen wuchs mit der Zahl der Unbekannten, die nicht Teil der lokal gewachsenen *community* und damit schlecht zu beeinflussen waren. So wie die italienischen Parteien nach 1945 die durch Bekanntschaft und Verwandtschaft geprägten lokalen Netzwerke genutzt hatten, so schwer fiel es ihnen, Kontrolle auszuüben, als sich diese Netzwerke auflösten.

Der mit dem italienischen ‚Wirtschaftswunder‘ seit Ende der 1950er Jahre einsetzende soziale Wandel veränderte deshalb auch das Wählen. Millionen von Italienern migrierten von den Dörfern in die Städte und vom Süden in den Norden und über die Alpen. Selbst wenn sie sich in der Emigration in neue nachbarschaftliche Strukturen einfügten, spielte das für den Wahltag keine Rolle, denn zum Wählen kehrten sie übers Wochenende in ihre Heimat zurück. Die alten sozialen Netzwerke waren dort aber nach vielen Jahren der Abwesenheit so erodiert, dass eine politische Mobilisierung, wie sie die ersten Parlamentswahlen charakterisiert hatte, nicht mehr annähernd erreicht werden konnte.⁷⁹ Zudem zeigte die im ‚Wirtschaftswunder‘ sozialisierte Jugend kein intrinsisches Interesse

77 Ufficio Elettorale DC: Elezioni politiche 1963. Piano di lavoro dell'Ufficio Elettorale Centrale, 20.7.1962, S. 30, ILS, DC, SP, AdS (Anm. 61), Sc. 98, fasc. 35, s.fasc.: Elezioni politiche 1963, Programma di lavoro.

78 Ebd., S. 22f.

79 Die ländlichen Parteisektionen nahmen dieses Ausbluten einzelner Dörfer sehr stark wahr. S. D. Blanzan, Segretario di Sezione der DC in Paularo (Prov. Udine) an A. Forlani, Segretario Nazionale der DC, 4.12.1972, ILS, DC, SP, AdS (Anm. 61), Sc. 211, f. 7, s.fasc. 5. Vgl. auch P. Allum, *Italian Society Transformed*, in: P. McCarthy (Hg.), *Italy since 1945*, Oxford 2000, S. 10–41; G. Crainz, *Storia del miracolo economico. Culture, identità, trasformazioni fra anni cinquanta e sessanta*, Rom 2005.

mehr daran, in einer Partei oder einem Parteimilieu eine soziale Heimat zu finden. Die Jugendorganisationen der beiden großen italienischen Parteien bluteten in den 1960er Jahren aus; die sich neu erschließenden Konsumwelten des *miracolo economico* und die Jugendkulturen in den Städten schufen Freiräume für parteiungebundene Vergemeinschaftungsformen junger Wähler.⁸⁰ Auch die Kirche zog sich Ende der 1960er Jahre aus dem lokalen politischen Alltagsgeschäft zurück. Der Wahltag verlor mithin an Dramatik, je mehr der soziale Wandel und der zunehmende Wohlstand die Zukunftshoffnungen und –ängste der Bürger vom Erfolg oder vom Scheitern einer bestimmten politischen Partei abkoppelten.

Was der soziale Wandel vor allem bewirkte, war die Gelegenheit, am Wahltag abwesend zu sein. Dies betraf nicht so sehr die mögliche Wahlenthaltung – die amtliche Wahlpflicht blieb vom sozialen Wandel unberührt –, sondern die einst die italienischen Wahltage dominierende lokale Kontrolle und Selbstbeobachtung. Die Italiener entdeckten in den 1960er Jahren, dass man den Sonntag auch anders verbringen konnte als mit Wachscharten im Wahlbezirk. Die veränderte Arbeitswelt – längere Arbeitszeiten, zunehmende Erwerbstätigkeit außer Haus – lehrte sie auch am Wahlsonntag die Freizeit zu schätzen, die sie durch die Massenmotorisierung und den zunehmenden Wohlstand auch außerhalb der eigenen Nachbarschaft verbringen konnten. In Bologna fuhren 1972 ganze Familien mit dem Auto nur noch vor den Wahllokalen vor, die Eltern stiegen nacheinander zum Wählen aus, damit die Kinder nicht unbeobachtet blieben, und danach fuhren sie direkt weiter ans Meer oder in die Berge.⁸¹ Die Partei machte der Familie Platz; Bewachung im Wahllokal schien nicht mehr als notwendig erachtet zu werden, wenn sogar Eheleute hintereinander und nicht mehr miteinander das Wahllokal betreten.

Eigenmächtige Versuche von Wählern, in das Wahlgeschehen einzugreifen und damit das Wahlergebnis zugunsten ‚ihrer‘ Partei zu beeinflussen, waren seit den 1960er Jahren kaum noch zu verzeichnen. Während die Straßen der Städte an den Wahltagen leerer wurden, verstopften sich zunehmend die Autobahnen; viele nutzten die Möglichkeit, montags zu wählen, dafür, den Wahlsonntag gänzlich außerhalb der Stadt zu verbringen.⁸² Der italienische Wahltag wurde so ruhig, wie der deutsche in den 1950er Jahren gewesen war, und dies war, so die Lokalpresse, auch ein Zeichen von Indifferenz, die mit dem Vertrauensverlust der Parteien einher ging, den die Protestbewegungen um und nach 1968 auf lange Sicht viel stärker perpetuierten als in der Bundesrepublik.⁸³ Die ausgesprochene Friedlichkeit der italienischen Wahltage kontrastierte aber auch mit der politischen Gewalt und dem Terrorismus, womöglich war sie sogar eine Botschaft der italienischen Wähler gegen diese Unruhe, die in den 1970er Jahren die lokalen Räume

80 D. Giachetti, *Un sessantotto e tre conflitti. Generazioni, genere, classe*, Pisa 2008, S. 121–123; P. Capuzzo, *Gli spazi della nuova generazione*, in: ders. (Hg.), *Genere, generazione e consumi. L'Italia degli anni Sessanta*, Rom 2003, S. 217–247.

81 L'87,84 per cento degli elettori ha votato, in: *Il Resto del Carlino*, 8.5.1972.

82 Dopo le urne, il mare, in: ebd., 21.6.1976; Ha già votato l'83,72% dei bolognesi, in: ebd.

83 Vgl. Calmi alle urne, in: ebd., 8.4.1972.

bedrohte und die eben nicht mehr aus der Mitte der Gesellschaft kam, sondern von rechten und linken Randgruppen dirigiert wurde.

Die zeitgenössischen Beschreibungen des italienischen Wahltags ähnelten damit zunehmend jenen der frühen Bundesrepublik. Eine allgemeine Ruhe wurde festgestellt, die Wählerströme durch die Stadt beobachtet, die Alten als die pünktlichsten Wähler gelobt, die lokale Prominenz beim Einwerfen des Stimmzettels fotografiert. Wo früher noch Erzählungen über Betrug und Gewalt dominiert hatten, gedieh die Höhe der Wahlbeteiligung zur einzig spannenden Facette des lokalen Wahlgeschehens. Die genaue Prozentangabe der Wahlbeteiligung prangte auf den Titeln der Lokalgazetten; wie in einem lokalen Wettkampf wurden die Stadtteile und Dörfer mit der höchsten Wählerquote aufgeführt. Die große Meldung vom Wahltag 1987 in der *Repubblica* war, dass sich fünf Millionen Nichtwähler bei ihrem Bürgermeister für ihre Wahlabstinenz rechtfertigen müssten.⁸⁴ Die Obsession der hohen Wahlbeteiligung überdauerte somit den rituellen Wandel des italienischen Wahltags. Auch in den 1970er und 1980er Jahren sprach niemand explizit darüber, warum hohe Wählerquoten denn eigentlich so wichtig waren – es schien allen klar zu sein. Von Reportern der Bologneser Lokalzeitung *Il Resto del Carlino* nach der Bedeutung des Wählens gefragt, antworteten Erstwähler häufig, sie würden sich nun endlich als „komplette Bürger“ fühlen, auch wenn sie sich nicht sicher seien, ob sie an der Urne die richtige Wahl treffen würden. Und selbst, wer seiner Stimme keinen Einfluss auf die Politik zugestand, meinte: „Ich wähle, weil es alle tun.“⁸⁵ Gerade in der ‚Krise‘, die sich in den 1970er Jahren als nachhaltige Signatur der italienischen Demokratie etablierte⁸⁶, schien die Wahlteilnahme der Bürger das fragile politische System am Leben zu halten. Die Italiener aber fanden eigensinnige Wege, mit der Wahlpflicht und der Obsession der Wahlbeteiligung umzugehen. So ermöglichte das Wahlwochenende Millionen von emigrierten Italienern einen billigen Kurzaufenthalt in der Heimat, denn die Bahntickets für die Wahlsonderzüge waren ermäßigt. Viele Wahl-Remigranten gaben gar keine Stimme ab, sondern machten ihren Stimmzettel ungültig. Doch es wäre ihnen nie in den Sinn gekommen, deshalb nicht am Wahlritus teilzunehmen – so erklärte ein italienischer Freund dem amerikanischen Politikwissenschaftler Joseph La Palombara auf die Frage, warum jener sechshundert Kilometer reise, um dann auf seinen Stimmzettel „Diese Regierung stinkt!“ zu schreiben.⁸⁷

Auch in der Bundesrepublik wandelte sich die traditionelle Ritualität des Wahltags, allerdings etwas später als in Italien. Lokale Bekanntschaften und Kontrollinteressen spielten hier keine so unersetzbare Rolle für die Kultur des Wahltags, was ihre Beeinflussung durch den sozialen Wandel dämpfte. Die staatsbürgerliche Ruhe und Einigkeit konnte in der neuen Reihenhaus- oder Hochhaussiedlung der 1960er Jahre ebenso vorgeführt werden wie im alten Stadtviertel. Die Möglichkeit, den Wahltag für Ausflüge und Privates

84 Vgl. L'87,84 per cento (Anm. 81); l'83,72% dei bolognesi (Anm. 82); Cinque milioni di elettori, 'renitenti' dovranno giustificarsi col sin, in: *La Repubblica*, 25.8.1987.

85 Parlano le, reclute del voto', in: *Il Resto del Carlino*, 18.4.1972.

86 Vgl. L. Baldissara (Hg.), *Le radici della crisi. L'Italia tra gli anni Sessanta e Settanta*, Rom 2001.

87 La Palombara, *Die Italiener* (Anm. 7), S. 134.

zu nutzen, bedrohte die Ruhe und Harmonie des deutschen Wahltags weitaus weniger als die Dramatik seines italienischen Pendant. In den 1960er Jahren war der Wahltag deshalb nach wie vor von staatsbürgerlicher Würde und munterem Treiben der Bürger umweht.

Erst 1969 setzte ein Wandel ein. Die Studentenbewegung hatte die lokalen Räume politisiert und die politische Diskussion auf die Straßen und vor die Einkaufszentren der Städte getragen; die Parteien imitierten diese Praxis im Wahlkampf 1969 mit Straßendiskussionen und trafen auf Wähler, die häufig offen dafür waren, mit Vertretern der politischen Parteien ins Gespräch zu kommen.⁸⁸ Die Wahlen von 1969 galten der zeitgenössischen Presse als die „politischsten“ seit 1949, und die Erfahrung der Großen Koalition darf dabei nicht unterschätzt werden. Erstmals konnten die Wähler in der Bundesrepublik tatsächlich das Gefühl haben, eine Entscheidung treffen zu müssen: nämlich für diejenige Partei, die sie in der Regierung *halten* wollten, weil sie sich mehr bewährt hatte. Entsprechend auffällig war das Interesse der Lokalzeitungen an dem Aspekt der Entscheidung. Kurz vor dem Wahltag fragten Reporter der *Hamburger Morgenpost* gar die Bürger auf der Straße nach ihren Wahlabsichten und nannten sie namentlich in der Zeitung – eine Wendemarke in der Geschichte des politischen Bekenntnisses in der Bundesrepublik.⁸⁹ Mit der Bereitschaft zur offenen Parteinahme streiften die Wähler – vor allem in den Großstädten der 1970er Jahre – das Gewand des erhabenen Staatsbürgers ab und nahmen die Rolle der Mitfiebernden ein. Seit 1969 veranstalteten Parteien oder Bürger zu Hause Wahlpartys, um gemeinsam auf die Ergebnisse zu warten und zu feiern. Die Straßen der Städte waren nach 18 Uhr wie leergefegt, weil das Wahlvolk vor dem Fernseher saß und die Hochrechnungen erwartete.⁹⁰ Die Montagsausgaben der Lokalzeitungen interessierten sich nun für diese Art des Mitfiebers und der lockeren Feierei, nicht mehr für den festlichen Auftritt besonnener Staatsbürger. So wandelte sich der Wahltag von einem Tag der Ruhe zu einem Tag der Spannung, und dieser rituelle Wandel symbolisierte zugleich auch die Identifikation der Deutschen mit dem Wettkampf der Parteien, den sie mit ihrer Stimme entschieden.

Eine weitere Folge der gesellschaftlichen Politisierung war, dass es sich die Parteien, vor allem die SPD, erlauben konnten, den Kampf um die Wahlbeteiligung offensiv in ihren Mobilisierungswahlkampf zu integrieren. Mithin galt das Wählen nicht mehr als sterile Staatsangelegenheit, sondern konnte selbst Gegenstand parteipolitischen Handelns werden. Jede Partei fand aufgrund der Erosion der Stammwählerschaft statistische Anhaltspunkte dafür, dass eine geringe Wahlbeteiligung stets zu ihren Lasten ging. Auch die zunehmende massenmediale Selbstbeobachtung der Gesellschaft konnte die Wahlbeteiligung gefährden: Den ‚rationalen‘ Wählern, die anhand der Wahlprognosen entschieden,

88 Vgl. Mergel, *Propaganda nach Hitler* (Anm. 11), S. 145–152; N. Verheyen, *Diskussionslust. Eine Kulturgeschichte des „besseren Arguments“ in Westdeutschland*, Göttingen 2010.

89 Vgl. Blitzumfrage: Wie haben Sie sich entschieden? in: *Hamburger Morgenpost*, 27.9.1969. Zu den „politischsten“ aller Wahlen seit 1949: Das war eine Rekordwahl, in: ebd., 29.9.1969.

90 1972: Alle bisherigen Wahlen übertroffen, in: *Badische Zeitung*, 20.11.1972; Wahlversprechen, in: *Hamburger Abendblatt*, 5.10.1976.

ob sich ihre Stimme lohnen würde oder nicht, versuchte die SPD mit der Beschwörung demokratischer Moral und mit Glaubensgrundsätzen wie „Es kommt eben doch auf jede Stimme an!“ oder „Wer zu Hause bleibt, wählt die anderen!“ zu begegnen.⁹¹ Dass ein buntes Freizeitprogramm dem Gang zum Wahllokal Konkurrenz machte, war eine Erkenntnis aus den Kommunalwahlen, wo sich die sinkende Wahlbeteiligung örtlich der 50-Prozent-Marke nähern konnte – eine Drohkulisse für die nationalen Wahlen. Statt im Wahllokal vermutete etwa die Ulmer SPD ihre Wähler zunehmend im Bierlokal, im Garten, beim Sonntagsausflug oder „sonstwo“. Zunächst anlässlich der Kommunalwahlen, dann auch in den Bundestagswahlkämpfen der 1970er Jahre versuchten die Genossen nun bei Hausbesuchen die Bürger zum Wählen zu überreden.⁹² Ein Merkmal der Politisierung war mithin, dass Bürger und Parteileute sich auch körperlich annäherten. Daneben versuchte die SPD 1972, die Wähler selber als Wahlschlepper zu instrumentalisieren. In einer Broschüre forderte sie Jungwähler auf, soziale Kontrolle in ihrer Clique auszuüben und Freunde ins Wahllokal ‚mitzuschleppen‘.⁹³ Bei den Bundesbürgern wie bei der Lokalpresse stieß die Werbung der Parteien für die Wahlteilnahme auf weithin positives Echo. So fühlte sich ein Wähler 1976 bemüßigt, dem Hamburger SPD-Bundestagskandidaten Horst Gobrecht als Antwort auf dessen Wählerbrief, in dem er zur Wahlbeteiligung aufrief, mit der lakonischen Botschaft „Ich bin 90 Jahre alt, aber zur Wahl gehe ich doch!“ sein Pflichtbewusstsein kundzutun.⁹⁴ Die Lokalblätter feierten Rekordzahlen bei der Wahlbeteiligung und warben vor allem in den 1980er Jahren mit Statements junger Mitbürger, die sich offen dazu bekannten, dass Wählen wichtig sei.⁹⁵ Wie südlich der Alpen überlebte somit auch in der Bundesrepublik das Wahlgebot den Wandel der Ritualität und der Bedeutung des Wahltags.

Fazit

Weder in Italien noch in der Bundesrepublik bedurfte es einer Verständigung darüber, wieso eine hohe Wahlbeteiligung erfreulich war. In beiden Ländern war es nie umstritten, dass sich darin eine positive Haltung zum demokratischen System ausdrückte, eine schwache Wahlbeteiligung hingegen die Demokratie bedrohte oder Protest symbolisierte. Dieser „Mythos“, den Politikwissenschaftler gern zu widerlegen suchen,⁹⁶ wurde zum

91 Parteivorstand der SPD, Referat Öffentlichkeitsarbeit (Hg.), Wahlkampf '90, Nr. 2: Planung und Umsetzung vor Ort, Bonn o. J. [1990], S. 42f. Vgl. auch SPD Ulm: Rundschreiben an alle Ortsvereinsmitglieder, 25.8.1980, Stadtarchiv Ulm, E 202 SPD, Mp. 25. Zur CDU als Opfer rückläufiger Wahlbeteiligung in Köln vgl. die Deutung bei H. Pünder, Von Preußen nach Europa. Lebenserinnerungen, Stuttgart 1968, S. 408.

92 J. Schmidt, SPD-Altona, an die Distriktvorsitzenden, 13.9.1976, AdSD, Abt. III, SPD-LO HH, KV Altona I (Anm. 68), Mp. 481. Zu den Kommunalwahlen: O.V. [SPD Ulm]: Alle werden gebraucht..., o.D. [1971], StA Ulm (Anm. 91), E 202 SPD, Mp. 56.

93 Countdown ab 4. Endstation für schwarze Stimmenkäufer [SPD-Broschüre, 1972], ebd., G 6 I 2.2.2.

94 O. Ulrich (Hamburg) an H. Gobrecht, o.D. [1976], AdSD, Abt. III, SPD-LO HH, KV Altona I (Anm. 68), Mp. 481.

95 Rekordwahl (Anm. 89); 1972: Alle bisherigen Wahlen (Anm. 90); „Wer nicht wählt, wählt verkehrt“, in: Südwest Presse, 20.1.1987; Wählen lohnt sich, in: ebd., 24.1.1987.

96 Vgl. A. Schäfer, Der Nichtwähler als Durchschnittsbürger: Ist die sinkende Wahlbeteiligung eine Gefahr für die

elementaren Bestandteil der demokratischen Kultur beider Länder, weil das Wählen hier seit den Republikgründungen als wichtiges lokales Ereignis galt. Nationale Wahlen boten der lokalen Öffentlichkeit eine Bühne zur Selbstinszenierung ‚guter Demokraten‘. In ihr konnten sich politische Botschaften transportieren – etwa die Parteienskepsis in der frühen Bundesrepublik, die Staatsferne wie in der jungen italienischen Republik oder das Mitfiebern beim Wettkampf um Macht. Der große Auftritt des Wahlvolks konnte aber auch rein soziale Zwecke erfüllen: In seiner Lokalität bot er Gelegenheit zu Geselligkeit, zum Sich-Zeigen, zur Fahrt in die Heimat. Die lokale Selbstbeobachtung am Wahltag, insbesondere durch die Lokalpresse, perpetuierte dabei das Gefühl, dass Wählen nicht so sehr Mitbestimmung, sondern Zugehörigkeit bedeutete: Teil zu sein einer Praxis, bei der alle mitmachten und die alle irgendwie als wichtig empfanden. Es war gerade diese Anschlussfähigkeit des Wahlritus an sich wandelnde politische Kontexte und an soziale Bedürfnisse, die das Wählen in Italien und Westdeutschland zu einem demokratischen Habitus werden ließ.